

Ein Vorbild für Frieden?

Fragt sich nur, für welchen Frieden. Papst Leo XIV. ist seit einem Jahr im Amt. Die Bilanz des »Einheitspapstes« fällt widersprüchlich aus. Neben humanistischen Botschaften steht eine reaktionäre Traditionspflege

Von Gerhard Feldbauer

Im Mai jährte sich die Wahl von Robert Francis Prevost, der den Namen Leo XIV. annahm, zum Oberhaupt der katholischen Kirche, der zugleich auch das Amt des Staatsoberhauptes des Vatikanstaates bekleidet, zum ersten Mal. Am 8. Mai 2025 war er – bereits am zweiten Tag des Konklave nach nur vier Wahlgängen, einem weniger als bei der Wahl seines am 21. April verstorbenen Vorgängers Franziskus – vom Kardinalskollegium gewählt worden. Noch vor der Abstimmung war von einem kurzen Konklave die Rede, das ein Zeichen der Einheit der katholischen Kirche setzen werde. Das konnte nur bedeuten, dass es Absprachen gegeben hatte, Prevost zu wählen.

Vatican News, das zentrale Nachrichtenportal des Heiligen Stuhls, schrieb anlässlich des ersten Jahrestags, Leo XIV. habe beharrlich sein Friedensengagement verfolgt, weltweiten Herausforderungen sei er unaufgeregt und sorgfältig begegnet. Dabei habe er sich, orientiert an der Tradition, als Vorbild für Frieden und spirituelle Autorität erwiesen.

Obschon man den verbalen Mahnungen des Papstes zum Frieden und zum Verständnis für die Menschen, die unter Ausbeutung und Unterdrückung leiden, nur zustimmen kann, sprechen nicht wenige Aspekte des bisher von Leo XIV. eingeschlagenen Kurses eine andere Sprache. Die Frage, wohin die Reise des »Einheitspapstes« (*Vatican News*) geht, ist nicht einfach zu beantworten, da der neue Pontifex unermüdlich betont, das Werk seines Vorgängers Franziskus fortzusetzen, zum Frieden aufruft und sich zuletzt medienwirksam gegen US-Präsident Donald Trump in Szene gesetzt hat. Prevost galt als Kompromisskandidat. Mit ihm sei die Wahl eines reaktionären Kandidaten verhindert worden, wie sie manche Teile des Klerus und politische Kreise verfolgt hatten, konnte man vielfach hören – etwa in den USA, wo bereits das Pontifikat von Franziskus der Trump-Regierung ein Dorn im Auge war. Die historischen Bezüge, die der Papst immer wieder anstrengt, sprechen indes eine andere Sprache.

Stütze weltlicher Macht

Bereits am 7. Juni 2025 verkündete er auf einem Symposium zum 1700. Jahrestag des [Konzils von Nizäa](#) (vgl. *jW*-Thema v. 20.5.2025), dieses solle zu einem Kompass werden, der »zur vollen sichtbaren Einheit der Christen führen

muss«. Laut *Vatican News* äußerte der Papst, das Konzil, das am Anfang des Bündnisses von Kirche und Staat stand, habe unter anderen »par excellence« die »Norm des christlichen Glaubens« verkündet. Er hob hervor, dass das Konzil von Nizäa, dem heutigen İznik in der Türkei, nicht etwa von einem Papst, sondern von einem Kaiser, Konstantin dem Großen, einberufen worden war.

Es war der einsetzende Zerfall des riesigen römischen Imperiums und seiner Sklavenhalterordnung, der Konstantin I. veranlasste, die christliche Kirche zum Verbündeten zu machen, um diesen aufzuhalten. Nachdem er 313 die Religionsfreiheit gewährt hatte, wurde das Christentum 380 durch das Religionsedikt »Cunctos populos« (An alle Völker) von Kaiser Theodosius I. zur herrschenden und allein tolerierten Religion des Reiches erklärt. Bezeichnenderweise kam aus Karthago, der römischen Kolonie in Afrika und einem Zentrum der Kurie, der Bischof Augustinus nach Rom, um für die Verfolgung von Abtrünnigen das theoretische Rüstzeug zu liefern.

Als sich der Papst zum 1700. Jahrestag nach Nizäa begab, wurde das Thema der Unterdrückung anderer »heidnischer« Religionen in den Berichten von *Vatican News* nicht berührt. Das geschah erst anlässlich des Besuchs von Papst Leo in Algerien im April 2026, wo er Augustinus als »Orientierung in Zeiten des Umbruchs« empfahl. Der 430 in Algerien verstorbene Bischof habe die Menschen ermutigt, »die irdische Gesellschaft mit den Werten des Reiches Gottes zu durchdringen« und so menschliches Wachstum möglich gemacht. Diese Vision gebe »auch angesichts der heutigen Veränderungen Halt«, so Leo, der mit Bezug auf das »Aufkommen neuer Machtzentren, den Wandel alter Allianzen und den beispiellosen Einfluss globaler Konzerne und Technologien« der Bedeutung des Theoretikers einen fortschrittlichen Anstrich zu geben suchte.

Vielsagende Auslassung

En passant demonstrierte der Papst, dass er, im Gegensatz zu Franziskus, mit den Befreiungstheologen nichts am Hut hat. Das geschah durch Auslassung, indem er den am 12. April 2023 in Algerien verstorbenen früheren Bischof von Évreux (Frankreich), Jacques Gaillot, keines Wortes würdigte. Dieser hatte die am 8. Juni 1993 von Johannes Paul II. erlassene Enzyklika »Veritatis splendor«, die die absolute Unterwerfung unter den vom Papst verkündeten Glauben und unbedingten Gehorsam der Gläubigen verlangte, abgelehnt. In einem Schauprozess des Glaubensgerichts unter Vorsitz des späteren deutschen Papstes Benedikt XVI. wurde Gaillot 1995 seines Amtes enthoben. Der Verurteilte weigerte sich, seine Amtsenthebung zu unterschreiben. Da man nicht wagte, ihm jede seelsorgerische Tätigkeit zu verbieten, schickte man ihn als Titularbischof in die einstige, de facto nicht mehr existierende nordafrikanische Diözese Partenia in der algerischen Sahara nahe der Stadt Sétif. Schon bald wurde Gaillot auch dort ob seiner volksverbundenen Seelsorge weit über die Grenzen seines Bischofssitzes hinaus bekannt. Anstelle eines ihm nicht zur Verfügung stehenden Bistums schuf er sich ein Äquivalent im Internet und konnte auf seiner Homepage schon bald monatlich Tausende Pilger verzeichnen.

Deutlicher als am Beispiel von Gaillot konnte die Abkehr Leos von seinem Vorgänger Franziskus kaum demonstriert werden. Dieser hatte unter anderem

dem Peruaner Gustavo Gutiérrez 2018 anlässlich seines 90. Geburtstages für dessen Dienst an der Kirche und der Menschheit sowie für dessen Liebe zu den Armen und Ausgestoßenen der Gesellschaft gedankt. Den führenden Befreiungstheologen, den von Todesschwadronen im März 1980 ermordeten Erzbischof von San Salvador, Óscar Arnulfo Romero, der offen den bewaffneten Kampf der Befreiungsbewegung Farabundo Martí unterstützt hatte, sprach Franziskus 2015 selig- und 2018 heilig.

Ein weiterer Ausflug ins Mittelalter erfolgte am 4. Oktober zum Gedenken an den großen Kirchentheoretiker Franz von Assisi, der nur zwei Jahre nach seinem Tod 1228 von Papst Gregor IX. heiliggesprochen worden war. Assisi war Begründer des Franziskanerordens, der gegen Ende des 13. Jahrhunderts in verschiedenen Ländern Europas mehr als tausend Klöster zählte. 1230 gründete der Orden im Herrschaftsgebiet der Ritter des Deutschen Ordens eine Niederlassung in Riga. Von da aus trieb er die Christianisierung bzw. Eroberung der Ostgebiete durch den Deutschen Ritterorden, die unter dem Motto »Taufe oder Tod« erfolgte, mit voran. Neben den Dominikanern beteiligten sich die Franziskaner ab der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts vor allem in Italien, Frankreich und dem Heiligen Römischen Reich auch an der Inquisition.¹

Damit blies der Papst ins gleiche Horn wie die italienische Regierungschefin Giorgia Meloni. Der Kirchenhistoriker Volker Leppin kritisierte denn auch, dass Leo XIV. diese bei der politischen Instrumentalisierung des Heiligen Franz von Assisi unterstütze (*FAZ*, 9.5.2026). Meloni mache Assisi zur »Identifikationsfigur italienischer Einheit«. Die Einführung des 4. Oktober als offiziellen Feiertag des Gedenkens an ihn sei »ein Baustein in Giorgia Melonis Versuch, das Land hinter sich zu einen«. Leppin zog dabei eine direkte historische Linie zum italienischen Faschismus und verwies darauf, dass Meloni an Benito Mussolini anknüpfe, der den Franziskaner anlässlich von dessen 700. Todestag als nationale Ikone neben Dante, Kolumbus und Leonardo da Vinci gestellt hatte. 1939 wurde Franziskus zum Nationalpatron Italiens ernannt. *Domradio* zufolge will Giorgia Meloni sich mit ihrer rechtsextremen Partei Fratelli d'Italia (FdI) bei ihrer angestrebten Wiederwahl 2027 auf die noch immer bestehende Massenbasis der katholischen Kirche stützen.

Lieber ohne Frauen

Die Distanz Leos zu seinem Vorgänger zeigt sich auch anhand der Kurienpolitik. Während der amtierende Papst sich zu den Kirchentheoretikern und ihrer Bedeutung für die Gegenwart bekennt, hatte sein Vorgänger zwar am Zölibat festgehalten, aber in vielen Fragen mit reaktionären Traditionen gebrochen. Am 28. September 2013 hatte Franziskus einen »Kardinalsrat« als »ständiges Beratungsorgan« gebildet, mit dem er, wie der Vatikan-Kenner Marco Politi schrieb, Voraussetzungen schaffen wollte, »das Modell einer absoluten Monarchie zu überwinden und der Kirche eine gemeinschaftliche Struktur zu geben, in der die Episkopate mitentscheiden können, welche Strategien die Kirche in der gegenwärtigen Epoche verfolgen soll und wie der Glaube in der heutigen Gesellschaft gelebt werden kann«.

Franziskus trat den reaktionären Kreisen im Klerus so gut es ging entgegen. 2024 hatte er erstmals Frauen zur Synode zugelassen. Als die Synode in ihrem

Abschlussdokument das von ihm vorgeschlagene Frauendiakonat ablehnte, nannte er es »interpretationsoffen« und betonte, es werde weiter diskutiert. Jeder Katholik und jede Katholikin könnten bei zehn synodalen Studiengruppen, die sich mit dem Frauendiakonat und anderen Fragen beschäftigen, Vorschläge einreichen. Die mittelalterliche Äbtissin und Gelehrte Hildegard von Bingen wollte Franziskus mit einem eigenen Gedenktag herausstellen.

Prevost hatte sich dagegen noch als Kardinal skeptisch zum Frauendiakonat geäußert und betont, dass es »nicht unbedingt ein Problem löst, sondern vielleicht ein neues schafft« (*Catholic News Agency*, 27.10.2024). Unter seiner Leitung ist von den von Franziskus eingesetzten Studiengruppen keine Rede mehr. *Vatican News* teilte im November mit, dass Papst Leo XIV. zur Teilhabe von Frauen am Leben und an der Leitung der Kirche im vatikanischen Glaubensdikasterium eine eigene Studienkommission gebildet habe, die ein eigenes Dokument zum Thema Frauendiakonat vorlegen sollte. Bisher ist dazu nichts bekannt geworden.

Ein Paukenschlag war Leos Enzyklika »Magnifica humanitas«, in der er thematisiert, dass die vergangenen sechzig Jahre trotz aller Friedenswünsche und -erklärungen von Konflikten von frappierender Grausamkeit geprägt gewesen seien, und betont, dass Krieg eine extrema ratio bleiben sollte, der strengen ethischen und rechtlichen Grenzen unterliegen und sich in jedem Fall innerhalb eines auf Frieden ausgerichteten politischen Horizonts bewegen müsse. Die Enzyklika lässt kaum eine Frage aus. Sie führt das Wachstum der Rüstungsindustrie, die enge Verbindung zwischen wirtschaftlichen Interessen, politischen Entscheidungen und Militärapparaten sowie Macht und Profit als Quelle von Konflikten an. Es geht um künstliche Intelligenz, Cyberangriffe, den Atomwaffenverbotsvertrag, die Krise des multilateralen Systems und internationale Gerichtsbarkeit. Recht deutlich liest sich die Forderung: »Um menschlich zu bleiben, müssen wir unser Zögern ablegen und Stellung beziehen.« (*Vatican News*, 26.5.2026)

Katholische Soziallehre

Zunächst fiel auf, dass der Papst das Dokument bereits am 15. Mai 2026 unterzeichnet hatte. Exakt 135 Jahre zuvor hatte sein Namensgeber Papst Leo XIII. die Enzyklika »Rerum novarum« verkündet, die die Grundfragen der katholischen Soziallehre bekräftigte. Vordergründig ging es damals um die Auswirkungen der industriellen Revolution, die zu einer verschärften Ausbeutung der Arbeiter führte, wogegen diese sich mit der Forderung nach Sozialisierung wehrten. 1892 wurde die Sozialistische Partei Italiens gegründet, die die »Inbesitznahme der Arbeitsmittel« forderte. In »Rerum novarum« forderte Leo XIII., »der Staat muss sich zum unerbittlichen Hüter des Privateigentums machen« und ihm durch »die öffentlichen Gesetze (...) Schirm und Schutz bieten«. Die Enzyklika wandte sich gegen »jede Form des Sozialismus«, der als »Pest« gebrandmarkt wurde. Statt dessen wurde gefordert: »Wenn die Massen sich von üblen Doktrinen hinreißen lassen, darf der Staat nicht zögern, mit starker Hand zuzufassen.« Leo XIII. kleidete seine rigorosen Forderungen nach Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung in kritische Bemerkungen zum wachsenden Reichtum des Kapitals und heuchelte Verständnis für die Empörung der Arbeiter. Derartige

Demagogie verhalf ihm, sich in der Kirchengeschichte als »Arbeiterpapst« feiern zu lassen.

Ein weiterer historischer Bezug ist die vor 95 Jahren zum 40. Jahrestag von »Rerum novarum« am 15. Mai 1931 von Pius XI. erlassene Enzyklika »Quadragesimo anno«, die gegenüber den Kommunisten »eine schonungslose Unterdrückung« forderte und die Untätigkeit ihnen gegenüber scharf verurteilte. Unzweideutig brachte Pius XI., der 1922 Mussolini an die Macht verholfen hatte, zum Ausdruck, dass die Rettung im Faschismus liege. Der kommunistische Schriftsteller Ignazio Silone nannte »Quadragesimo anno« ein »Manifest des katholischen Faschismus, der sich als Retter der kapitalistischen Zivilisation auf die Kandidatenliste setzt«.²

Auch wenn der amtierende Papst diese Forderungen nicht in ihrer Radikalität übernimmt, behalten sie, nicht nur in Italien, ihre Gültigkeit. Zumal eine Distanzierung von dieser Haltung nicht zu erkennen ist.

Im Zentrum der Enzyklika »Magnifica humanitas« steht die künstliche Intelligenz. Das kommunistische Magazin *Contropiano* urteilt, dass die Widersprüchlichkeit der Enzyklika sich unter anderem in dem radikalen Vorschlag, Daten »als Gemeingut« zu behandeln, zeige, was »die Grundlage des Geschäftsmodells in Frage stellt«, mit dem die Techfirmen operieren. Zugleich seien zur Präsentation der Enzyklika aber Experten für künstliche Intelligenz eingeladen worden, darunter von Anthropic, einem Unternehmen, das bedeutende Handelsabkommen mit dem US-Verteidigungsministerium unterzeichnet und sich fest in der militärischen und nachrichtendienstlichen Lieferkette für künstliche Intelligenz etabliert hat. Kaum vorstellbar, dass Leo nichts über die Zusammenarbeit von Anthropic mit Palantir und den Einsatz des »Claude«-Sprachmodells in Venezuela bei der Entführung des rechtmäßig gewählten Präsidenten Nicolás Maduro und dessen Ehefrau Cilia Flores, im Krieg gegen den Iran oder gegen Migranten in den USA wusste.

Hier wie an anderen Stellen werden bei Leo XIV. frappierende Widersprüche zwischen seinen Verlautbarungen und seiner tatsächlichen Haltung offenbar. Bei der Missachtung der internationalen Institutionen ist gerade er es, der sich zu Israels Völkermord in Gaza bisher darauf beschränkt, einen Waffenstillstand zu fordern. So gab ihn *Vatican News* am 22. September 2025 mit der Forderung wieder, man dürfe angesichts der »schrecklichen« Situation in Gaza »nicht abstumpfen«, wandte aber ein, der Heilige Stuhl sei derzeit nicht der Ansicht, »dass man eine Erklärung zur Definition von Genozid abgeben könne«. Diese sei »sehr technisch«, und der Heilige Stuhl sehe derzeit »keinen Grund für eine Stellungnahme«. Damit stellt sich das Oberhaupt von weltweit 1,4 Millionen Katholiken gegen die vom Internationalen Strafgerichtshof der EU erlassenen Haftbefehle gegen den israelischen Premier Benjamin Netanjahu und Exverteidigungsminister Joaw Gallant unter anderem wegen Völkermords und mutmaßlicher Kriegsverbrechen.

Leo XIV. interessiert auch nicht, dass die NATO heute vor den Grenzen Russlands steht, ganz zu schweigen davon, dass er deren Auflösung nicht für erforderlich hält. Er hat nichts dagegen einzuwenden, dass in der Ukraine die 2. Panzerdivision der SS »Das Reich«, die schrecklichste Verbrecherorganisation der Nazis im Zweiten Weltkrieg, verehrt wird, dass das

bekannte faschistische »Asow«-Regiment offen erklärte, sein Ziel sei »der Schutz der weißen Rasse« durch die Schaffung eines Systems der »antidemokratischen und antikapitalistischen Nationalkratie« und die Ausrottung des »internationalen zionistischen Spekulationskapitals«. Präsident Wolodimir Selenskij ehrte den »Asow«-Kommandanten persönlich für sein »Heldentum« bei der Verteidigung von Mariupol.³ Während Leo als Kardinal Russlands Krieg als eine »echte Invasion«, die imperialistischer Natur sei und bei der Russland versuche, aus Machtgründen »Territorium zu erobern«, bezeichnete, wurde nicht bekannt, dass er bei der zweimaligen Privataudienz für den ukrainischen Präsidenten solche Fragen angesprochen hätte. Im Gegenteil ergriff er ganz offen Partei für ihn.

Selige franquistische Priester

Anfang Juni weilte Papst Leo XIV. zu einem einwöchigen Besuch in Spanien. Im Kontext der in der Enzyklika angesprochenen Frage des Krieges war auch diese Reise eine in die Vergangenheit, in die des Vorfeldes des Zweiten Weltkrieges nämlich, des Spanischen Bürgerkrieges. Der Vatikan stand damals auf der Seite der Franco-Faschisten, die von Hitlers Deutschland und Mussolinis Italien unterstützt wurden. Papst Pius XI. hatte den Putsch Francos ausdrücklich begrüßt und zur Unterstützung seiner klerikalfaschistischen Regierung aufgerufen. Acht Minister der in Spanien Ende der 1920er Jahre gegründeten Opus-Dei-Bewegung traten in die Regierung des Caudillo ein. Nach dem Sieg der Faschisten gratulierte Pius XII. Franco offiziell in einer Botschaft, in der er diesen als »erhabensten Beweis« dafür anführt, dass der Glaube über den »materialistischen Atheismus« siege. Ein weiteres Glückwunschtelegramm erhielt Hitler, dem der Papst »mit den besten Wünschen den Segen des Himmels und des allmächtigen Gottes« übermittelte.

Es muss vor diesem Hintergrund gesehen werden, dass Leo jüngst 70 Priester, die auf der Seite der Franco-Regierung standen und teilweise Opfer von Übergriffen wurden, seliggesprochen hat ([jW, 28.5.2026](#)). Damit setzte er auch die von *Vatican News* erwähnte »Tradition« fort, der bereits der deutsche Papst Benedikt XVI. gehuldigt hatte, als er am 28. Oktober 2007 gleich 498 der Kreuzritter Francos seliggesprochen hatte.

Papst Leo aber tat so, als sei das alles gar nicht passiert, und verkündete bei den Messen in Spanien seine unverbindliche Botschaft von Dialog und Toleranz statt Waffen und Mauern, von Menschenwürde statt Ausgrenzung und Hass. Kein Wort aber verlor er über die Beteiligung der Kurie an der Zerstörung der demokratisch gewählten Volksfrontregierung. Hier zeigt sich, auf welcher Seite Leo XIV. steht. Und diese Haltung ist, wie *Vatican News* betont, das Ergebnis seiner »durchdachten und sorgfältigen Art«, mit der er sich »an der Tradition orientiert«. Es ist eine unselige Tradition.

Anmerkungen:

1 Karlheinz Deschner: Kriminalgeschichte des Christentums, Bd. 7. Hamburg 2002, S. 331

2 Ignazio Silone: Der Faschismus. Seine Entstehung und seine Entwicklung, Frankfurt am Main 1984 (Reprint der Ausgabe von 1931), S. 247

3 Lew Golinkin: Die westlichen Medien beschönigen das Asow-Bataillon. In: *Das Blättchen*, <https://das-blaettchen.de/wordpress/wp-content/uploads/2023/07/Asow.pdf>

→ Gerhard Feldbauer schrieb an dieser Stelle zuletzt am 8. Mai 2026 über Selbstmorde nach 1989/90: »Opfer der ›Wende‹«.

<https://www.jungewelt.de/artikel/525321.katholische-kirche-ein-vorbild-fuer-frieden.html>